Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei ten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung



№ 214. Montag den 4. August 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 31. Juli. Die Mitglieder für die Permanenzkommission sind gewählt worden. Die Kandidatenliste, welche die Majoritätsvereine aufgestellt haben, ist vollständig durchgegangen. Changarnier war einer der zuletzt Gewählten.

Paris, 1. August. Das Urtheil in dem Prozesse Lemulier gegen Carlier ist verschoben worden. — Nach einer in Paris eingegangenen Nachricht aus Madrid sind die Cortes vertagt worden.

Paris, 31. Juli, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 25, 5% 95, 55.

Paris, 1. August, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 40. 5% 95, 80.

London, 31. Juli, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96⅝, ¾.
(Berl. Bl.)

Neapel, 20. Juli. Die Gerichtshöfe sind fortwährend mit politischen Untersuchungen beschäftigt. Der Gerichtshof von Aquila hat die Mitglieder des „Circolo Costituzionale" zu 9 Jahren, den Baron Cappa und einen ehemaligen Gerichtsbeamten zu 24 Jahren Gefängniß verurtheilt. Der Gerichtshof von Capua hat drei Häupter der setta del' unità italiana zu 20, und mehrere andere Theilnehmer zu mehrjähriger Kerkerhaft verurtheilt.

Palermo, 18. Juli. In Syrakus werden Uferbatterien errichtet, das Schloß wird mit Kanonen versehen. Castro Giovanni wird befestigt.

Turin, 30. Juli. Der Justizminister Deforesta ist aus Nizza hier eingetroffen. Man versichert, derselbe sei entschlossen, das Siccardische System gänzlich aufzugeben und ein Arrangement mit der römischen Curie anzubahnen.

Alessandria, 29. Juli. Gestern entstand während der Militärassentirung ein heftiger Tumult, die Nationalgarde hat acht Rädelsführer des Tumults aufgegriffen und den königl. Karabinieren ausgeliefert. Die Ordnung ist bereits hergestellt.

Genua, 29. Juli. Ein frecher Betrug ist entdeckt worden.

Livorno, 30. Juli. Die brittische Flotte wird hier aus Malta erwartet.

Mailand, 26. Juli. Es ist kaum glaublich, mit welcher Kühnheit die Agenten der demokratischen Partei ihr Wesen treiben. Gestern Nachts schlichen sich Unbekannte in das in der Connada delle Cerva gelegene Bureau des päpstlichen Konsuls de Simoni, welches das einzige hier noch bestehende Konsularamt ist. Sie untersuchten alle Papiere und Korrespondenzen, die man am folgenden Tage umher zerstreut fand; man sagt, daß mehre wichtige Dokumente entwendet wurden, doch konnte man dies bisher noch nicht mit Bestimmtheit ermitteln, da der Konsul selbst, dem allein die Zahl und Natur derselben bekannt sein möchte, sich zur Zeit auf einer Badereise befinde. Geld und Pretiosen wurden unberührt gelassen.

Triest, 2. Juli. London 11, 35; Silber 19.

Preußen.

Berlin, 2. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Kaufmann Karl Robert v. Frantzius zu Danzig zum Kommerz- und Admiralitäts-Rathe und kaufmännischen Mitgliede des Kommerz- und Admiralitäts-Kollegiums daselbst zu ernennen. — Der beim Bau der Weichselbrücke zu Dirschau beschäftigte Baumeister August Ludwig Schwahn ist zum königlichen Wasserbaumeister ernannt worden.

[Militär-Wochenblatt.] v. Normann, Guderian, v. Münchhausen, P.-Fähnr. vom 19. Inf.-Reg., zu Sec.-Lts., Bar. v. Buddenbrock, P.-Fähnr. vom 1. Kür.-Regt., zum überz. Sec.-Lt. ernannt. v. Linger, Major, als Präses der Gewehr-Rev.-Kommiss. von Saarn nach Potsdam versetzt. Prinz Woldemar zu Schleswig-Holstein, Major à la Suite des Reg. Garde du Corps, mit Belassung in diesem Verhältniß, als Kommand. von Küstrin nach Neisse versetzt. v. Lenz, Major vom Kaiser Franz Gren.-Reg., zum 2. Komdr. des 1. Bat. 2. Garde-Ldw.-R., v. Röder, Hauptm. vom Kaiser Franz Gren.-Reg., zum Major, v. Böhn, Hauptm. vom Garde-Res.-Inf.- (Ldw.-) Reg., zum Major und 2. Komdr. des 3. Bat. 3. Garde-Ldw.-Reg. ernannt. Goetsch, Pr.-Lt. a. D., Postmeister in Culm, zuletzt im 22. Inf.-Reg., der Char. als Hauptm. Bei der Landwehr. Giese, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 1., ins 3. Bat. 10. Regts. v. Thun, Sec.-Lt. a. D., zuletzt im 2. Bat. 23. Reg., bei der Kavall. des 1. Bat. 22. Reg. einrangirt. v. Rheinbaben, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 22. Reg., zum Rittmeister, Pohl, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 23. Reg., zum Hauptmann ernannt. Frhr. v. Schleinitz, Major und 2. Komdr. des 1. Bat. 2. Garde-Ldw.-Reg., zum Kommandant von Küstrin, Bar. v. Eberstein, Major u. 2. Komdr. des 3. Bat. 3. Garde-Ldw.-Reg., zum Komdr. des Garde-Schützen-Bat. ernannt. Berthold, Vice-Wachtmeister vom Ldw.-Bat. 33. Inf.-Reg., bei der Kavall. zum Sec.-Lt. ernannt. Graf Eulenburg, Pr.-Lieut. von der Garde-Ldw.-Kavall., beim Ldw.-Bat. 33. Inf.-Reg., aus dem 1. ins 2. Aufgebot versetzt. Wolff, Sec.-Lt. vom Ldw.-Bat. 33. Inf.-Reg., ins 2. Bat. 4 Reg., Teßmer, Sec.-Lt. vom 2. Bat., ins 1. Bat. 5. Reg. einrangirt. Frhr. v. Seherr-Thoß, Sec.-Lieut. vom 1. Kür.-Reg., scheidet aus. v. Thiesenhausen, Major und Komdr. des Garde-Schützen-Bat., als Oberst-Lt. mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension, von Birkhahn, Major vom 30. Inf.-Reg., diesem mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg. u. Pension, v. Buddenbrock, Major vom 3. Inf.-Reg., mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Anstell. bei der Land-Gendarmerie und Pension der Abschied bewilligt. Janzen, v. Friderici-Steinmann, Pr.-Lts. vom 1. Bat. 10. Reg., als Hauptl. mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Hahn, Eichhorn, Sec.-Lts. von dems. Bat., Rieß, Priesemuth, Sec.-Lts. vom 3. Bat. 10. Reg., jenem als Pr.-Lt. mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Schulz, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 11. Reg., als Hauptm. mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Winckler, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 23. Reg. als Hauptmann, Scholten, Sec.-Lt. v. Ldw.-Bat. 33. Inf.-Reg., als Pr.-Lt. mit der Reg.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Naglo, Plehn, Passauer, Sec.-Lts. vom 2. Bat. 5. Reg., ersterem mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. der Abschied bewilligt. Mascus, Proviant-Amts-Kontroleur in Breslau, zum Proviantmeister in Neisse, Bornemann, Proviant-Amts-Kontroleur, von Neisse nach Breslau versetzt.

Berlin, 2. August. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Die Pr. Ztg. enthält weitere detaillirte Mittheilungen über die Reise des Königs durch die östlichen Provinzen. Nachdem der König am 28. Juli die Sonnenfinsterniß auf Schloß Rutzau beobachtet hatte, kehrte er nach Danzig wieder zurück und traf daselbst Abends 9 Uhr ein. Die Stadt war erleuchtet. Am folgenden Tage war Parade der dortigen Garnison; der König nahm auch das Corps der Veteranen aus den Kriegsjahren 1813—15 in Augenschein, ertheilte dann mehreren Personen Audienz, ließ sich auch den Arbeiter Müller vorstellen, „der durch patriotische Gesinnung und musterhaftes Verhalten als Mitglied des vaterländischen Vereins sich in den letztvergangenen Jahren besonders hervorgethan" und verlieh demselben eigenhändig das allgemeine Ehrenzeichen; Vormittags 10 Uhr wurde die Weiterreise durch die Provinz angetreten. Der König ging über Dirschau, von wo die Deiche von Dirschauer-Fähre aufwärts am rechten Ufer der Weichsel bis zum Weichsel-Nogat-Kanal bereist wurden, traf gegen 4 Uhr in Marienburg ein, ließ sich im dortigen Schlosse das Offiziercorps und die Behörden vorstellen, setzte um 5 Uhr seine Reise auf der Chaussee nach Elbing fort und traf um 6 Uhr Abends in Elbing ein. Der König stieg vor dem Posthause ab, ließ die dort garnisonirende Kürassier-Eskadron vorbeimarschiren und setzte sodann seine Reise nach Pr. Holland fort, um in dem 2 Meilen davon entfernten Schlosse Schlobitten zu übernachten.

(N. Pr. Z.) Aus Kösen hier eingegangenen Nachrichten zufolge hat sich der Gesundheitszustand des Kriegsministers Herrn v. Stockhausen wesentlich gebessert, und es ist Hoffnung vorhanden, daß derselbe nach Ablauf der Urlaubszeit sich gänzlich hergestellt den schweren Geschäften seines hohen Postens wieder wird widmen können. — Der Oberpräsident Herr v. Kleist-Reetzow ist mit seiner Gemahlin am 30. v. M. in Koblenz eingetroffen. Nach der Bonner Ztg. befand sich in seiner Begleitung der geh. Regierungsrath Scherer. — Der diesseitige Gesandte in Paris, Graf v. Hatzfeld, hat Behufs Besichtigung der Industrie-Ausstellung eine Urlaubsreise nach London angetreten.

Im Widerspruche gegen das C.B. meldet dieselbe Zeitung, daß, was die vor Monaten erfolgten Ernennungen der Herren v. Hinckeldey und v. Selchow betrifft, auch nicht das Mindeste sich geändert hat. Herr v. Hinckeldey hat noch heute seine Ernennung zum Regierungs-Präsidenten in Liegnitz und hält dieselbe werth. Herr v. Selchow wird als Regierungs-Vicepräsident in Liegnitz verweilen, bis die Umstände Herrn v. Hinckeldey gestatten werden, von seiner gegenwärtigen Stelle dorthin abzugehen.

Der Landrath des Weißenseer Kreises, Herr v. Münchhausen, Mitglied der ersten Kammer, ist hier angekommen, wie wir hören, Behufs einer Besprechung über die bevorstehenden Veränderungen im Personal der Regierungen.

Bei der gestern Abend 6 Uhr stattgehabten Rektorwahl für die hiesige Friedrich-Wilhelms-Universität ist an die Stelle des bisherigen Rektors Professor Twesten der geheime Ober-Regierungsrath und Direktor des statistischen Bureaus, Prof. Dieterici, gewählt worden. So viel verlautet, ist der geheime Medizinalrath Jüngken zum Dekan der medizinischen Fakultät, und der geheime Bergrath und Direktor der mineralogischen Sammlungen, Prof. Weiß, zum Dekan der philosophischen Fakultät gewählt worden.

Berlin, 2. August. [Zur Tages-Chronik.] Die N. Pr. Z. stellt heute in Abrede, daß ein Wechsel im Oberkommando der österreichischen Truppen an der Nordsee stattfinden werde, weshalb auch der daraus gezogene Schluß auf ein noch langes Verweilen jener Truppen sich erledige.

Die neueste Nummer des Justiz-Ministerial-Blattes enthält ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 24. Juni d. J., worin angenommen wird, daß über Ansprüche, welche aus Anordnungen der Polizei-Behörde zur Abwendung gemeiner Gefahr hergeleitet werden, ein förmliches Prozeßverfahren unzulässig sei, die Entscheidung darüber vielmehr lediglich der Verwaltungs-Behörde zustehe.

Der National-Zeitung ist ihre Nr. 336, welche polizeilich mit Beschlag belegt worden war, wieder zurückgegeben worden.

C. B. [Die Mission in den Kasernen.] Die „Wehrzeitung" sieht mit sehr ungünstigen Augen auf das Bestreben der pietistischen Vereine, eine Einwirkung auf das Militär zu gewinnen. Vorläufig beschränkt sie sich darauf, die Existenz solcher Bestrebungen ganz in Abrede zu stellen, da keinem der zu ihren Mitarbeitern gehörenden Offiziere etwas davon bekannt sei. Inzwischen melden aber die Zeitungen, daß bereits eine Soldatenbibliothek in der Wohnung des Predigers Beyer in der Albrechtsstraße errichtet sei, und das Organ des evangelischen Vereins, der „Kirchliche Anzeiger", berichtet über die Theilnahme, welche dieses Unternehmen bei den Soldaten findet. Allerdings scheint diese sich noch in sehr engen Grenzen zu halten, und zwischen den Zeilen des Berichtes wird angedeutet, daß die Militäroberen ein religiöses Einwirken auf das Militär von Vereinen oder Personen, die außerhalb der Armee stehen, nicht eben begünstigen. Die Absicht, aus dem Gesichtspunkte der inneren Mission in den Kasernen Andachtsübungen zu veranstalten, scheint an dem Widerstande der militärischen Vorgesetzten vollends gescheitert zu sein.

Danzig, 30. Juli. [Zu den Provinzial-Landtagen.] Die „Preuß. Ztg." meldet: Die gestrige Sitzung unseres Gemeinderathes war eine in vieler Beziehung höchst interessante. Zunächst stand auf der Tagesordnung die Mittheilung des Ober-Präsidial-Erlasses und Ministerial-Rescriptes in Betreff der Wahlen zu den Provinzial-Landtagen, welche in den Städten vom Gemeinderathe vollzogen werden und auch dann vorzunehmen sind, wenn nur Ein Wähler erscheint. Es erschien ein Antrag, welcher einen Beschluß dahin verlangte, daß der Gemeinderath das Verfahren des Ministeriums für ein ungesetzliches erkläre und keine Wahlen vornehmen werde. Der Gemeinderaths-Vorsitzende Trojan wies den Antrag zurück, und als die Opposition drohte, denselben von fünfzehn Mitgliedern unterschreiben zu lassen, wonach er dann der Geschäftsordnung gemäß veranlaßt sei, zu seiner Erledigung eine außerordentliche Sitzung zu berufen, erklärte er, zwar dann eine Sitzung berufen, aber keinen Beschluß zulassen zu wollen. Die Opposition nannte sein Verfahren ein ungesetzliches. Der Vorsitzende räumte ihr ein, sich darüber bei der Regierung beschweren zu können, indem er gern bis zur Entscheidung seinem Stellvertreter den Vorsitz abtreten wolle. Herr Behrend hielt eine Rede, in welcher er nachwies, daß bei einer Beschwerde die Regierung dem Vorsitzenden vollkommen Recht geben müsse. Sechs Mitglieder der Opposition verließen die Sitzung, weil „ihr hier nichts mehr zu thun übrig bliebe." Durch die Milde der zurückgebliebenen beschlußfähigen Versammlung wurde den absentirten Gemeinderaths-Mitgliedern diesmal die für solche Fälle vorgesehene Ordnungsstrafe erlassen. — Der Termin für die Wahl der städtischen Vertretung auf dem Provinzial-Landtage wurde auf den 12. August festgesetzt.

Aus Thüringen, 29. Juli. Gestern erfolgte die Freilassung des Kaufmanns Goswin Krackrügge. Seine speziellen Anhänger von der demokratischen Partei haben ihn in Erfurt mit großem Gepränge eingeholt. (D. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 31. Juli. [Metternich.] War es zu Ehren der politischen Finsterniß oder des physischen Vorganges am Himmel — genug, am 28. hielt der ehemalige Haus-, Hof- und Staatskanzler, Fürst Metternich, den man ja auch wohl den „Vater der Diplomatie" zu nennen pflegte, auf Schloß Johanisberg sein erstes Diner an dem sich von der hiesigen höhern Diplomatie, außer den Gesandten Oesterreichs und Preußens auch der Bundestagsgesandte von Hessen-Homburg, Herr von Holzhausen, der Bürgermeister Smidt von Bremen und der Resident des Großherzogthums Hessen, Herr v. Leonhardi, theilweise Bekannte des Fürsten aus alter Zeit, betheiligten. Der alte Herr soll die Last seiner 78 Jahre (er ist 1773 geboren) so leicht tragen, wie seine politischen Erinnerungen oder die Abenteuer seiner galanten Jugend. Für jene zeigt er noch ein unversehrtes Gedächtniß, und nur etwas Harthörigkeit erinnert an sein Alter. Mit einem, wie sich wohl denken läßt, eigenthümlichen Wohlgefallen soll er seine Gäste mit dem Fremdenbuche bekannt machen, soweit es Namen und auch wohl Bemerkungen aus den letzten Jahren einer Bewegung enthält, die ihn nach ihrem einstweiligen Abfluß wieder auf dem schönen rebenumkränzten Hügel des Rheingaues absetzen sollte. Es versteht sich, daß dabei vor Allem die Namen der Linken aus der Nationalversammlung ein halb befriedigtes, halb skeptisches Lächeln hervorrufen. Wie man uns übrigens erzählt, hätte Metternich eine Reise nach Wien, wenn er je daran gedacht, völlig aufgegeben; auch die Einladung Rothschilds hierher hat er abgelehnt, während die Frau Fürstin öfter in unserer Stadt gesehen wird. (Const. Z.)

[Civilehe.] Heute wurde dahier der erste Fall dieser Art seit Einführung der Civilehe in unserer Stadt, ein hiesiger Bürger und Gastwirth, christlicher Religion, mit einem israelitischen Mädchen, aus Mannheim gebürtig, auf der Standesbuchführung getraut. Nach dem Wunsche der Brautleute fand eine kirchliche Trauung bei dieser Gelegenheit nicht statt. (Fr. J.)

* [Bundestägliches.] Wie das C. B. meldet, wird der Bundestag nunmehr in diesen Tagen Beschluß fassen, inwieweit er „der Oeffentlichkeit Rechnung zu tragen" geneigt sein wird; wie es heißt, soll ein Ausschuß eingesetzt werden, welcher in jedem einzelnen Falle zu entscheiden hat, ob die Veröffentlichung zuläßig.

Jedenfalls werden wir, so lange nicht in dieser Beziehung eine Censur eingeführt wird, durch die öffentlichen Blätter früher, wenn nicht besser unterrichtet werden, als auf offiziellem Wege. Weiß doch bereits die D. A. Z., daß „als wirkliche Beschlüsse bis jetzt die Flottenangelegenheit, die Organisation der Militärkommission und der ihr beigeordneten Marineabtheilung, sowie die Protestation gegen Frankreich und England erledigt worden seien; zunächst kommen die Hamburger Protest-Angelegenheit und das Bundesschiedsgericht im Plenum zur Berathung."

Ueber den Ausfall jener sagt dieselbe Ztg., „daß die Entscheidung zu Gunsten Oesterreichs ausfallen wird; wenigstens herrscht bei den meisten Bundestagsgesandten einmal eine ganz besondere Pietät für Oesterreich und dann auch in dieser Frage die Meinung, daß ein zur Pacification auf den Befehl des Bundestags abgesandtes Bundescorps nicht durch kleinliche Rücksichten über Souveränetätsrechte und staatliche Unabhängigkeit in seiner Wirksamkeit gehemmt werden dürfe und wolle man dergleichen Forderungen zur Geltung kommen lassen, man einen direkten Widerspruch gegen die Bundesautorität proklamiren würde, zuletzt aber auch die Sicherheit der Truppen in Frage gestellt sei."

Uebrigens ist der Bundestag nicht gesonnen, über dem Großen das Kleine zu vergessen und er findet daher auch für die Cocardenträger Zeit, und will, wie die B. Ztg. meldet, auf den Bundesbeschluß vom 2. Juli 1832 zurückkommen, welcher „das Tragen von Cocarden und anderen Farben als jenen des Landes, denen der resp. Träger angehört", verbietet.

Das C. B. wiederholt heut seine frühere Mittheilung, daß man von Frankfurt aus direkt die Verfassung der einzelnen Staaten nicht corrigiren wolle, obwohl man von den nöthig scheinenden Modifikationen darum nicht absteht.

Die Staaten, zunächst die thüringschen, würden daher baldigst Hand ans Werk legen; der Veränderung in der Lage der Dinge aber ein Wechsel der Personen vorausgehen.

Die Berichte der österreichischen Gesandtschaft zu Paris über die revolutionäre Propaganda werden, nach Meinung des C. B., die Frankfurter Verhandlungen in den Ordnungs- und Sicherheitsfragen sehr beschleunigen und dabei die gegen eine Polizei-Centralisation erhobenen Bedenken einiger kleinen Staaten nicht ins Gewicht fallen.

Darmstadt, 30. Juli. [Vertagung der Kammern.] Heute vertagte sich die zweite Kammer bis zum 26. August, besonders zu dem Zweck, um dem Finanzausschusse Zeit für seine bedeutendsten Arbeiten zu gewähren. Die erste Kammer wird sich gleichfalls nächster Tage auf einige Wochen vertagen. Die zweite Kammer berieth heute den Antrag mehrerer Abgeordneten, den Art. 7 der Verordnung vom Oktober 1848 wegen Abänderung verschiedener Einrichtungen der Landesuniversität betreffend. Die Berathung beschäftigte sich aber fast vorzugsweise mit den Zuständen der Universität, zunächst mit dem Schicksal derselben, das ihr durch den vielbesprochenen Weggang Liebigs droht. Der Regierungskommissär, Ministerialrath v. Rieffel, wurde dadurch veranlaßt, sich darüber im Wesentlichen zu äußern: Die Staatsregierung, wohl erkennend, wie wünschenswerth es sei, daß Liebig der Hochschule erhalten werde, erschöpfte alle ihr zustehenden Mittel, um ihn zu befriedigen; seine Bedingungen seien aber von der Art, daß ihre Erfüllung nicht in der Macht der Staatsregierung stehe; so verlange er in der Absicht, den Standpunkt der Naturwissenschaften auf der Universität, der er bisher angehört habe und deren Flor er lebhaft wünsche, zu erhöhen, unter Andern die Erbauung eines Gewächshauses mit dem Aufwand von 25,000 Fl.; die Staatsregierung sei bereit, nach und nach alles das vorzukehren, was dazu nöthig sei, um, neben der Sorge für die anderen Zweige des Wissens, die naturwissenschaftlichen Fächer zu kultiviren. Bei Berathung des Budgets wird die Angelegenheit wiederholt zur Sprache kommen. (F. Bl.)

** **Kassel**, 1. August. [Justiz und Administration.] Den durch die Aufhebung der Direktionen und Kollegien in der Finanzverwaltung disponibel gestellten Staatsdienern, als den Direktoren Pfeiffer, Schwedes, v. Schmerfeld, den Oberfinanzräthen v. Baumbach, Bechtel, Assessor v. Wille ist ein Reskript zugegangen, wonach sie auf den Grund des § 51 des provisorischen Gesetzes vom 14. Juli d. J., die Abänderung des Staatsdienstgesetzes betreffend, drei Viertheile ihres seitherigen Gehaltes vom heutigen Tag an, erhalten werden. Nach § 56 der Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 darf kein Staatsdiener ohne Urtheil und Recht abgesetzt oder wider seinen Willen entlassen, noch demselben sein rechtmäßiges Diensteinkommen vermindert oder entzogen werden, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen, welche das Staatsdienstgesetz enthält. Dies Staatsdienstgesetz steht nach § 62 der Verfassungsurkunde unter dem besonderen Schutz der Verfassung und enthält nirgends die Bestimmung, daß Civilstaatsdiener auf solche Weise an ihrem Einkommen gekürzt werden können. Es wird demnach hier der Fall eintreten, wo der § 35 der Verfassung bestimmt: Ebenwohl bleibt in jedem Falle, wo Jemand sich in seinen Rechten verletzt glaubt, ihm die gerichtliche Klage offen. Diese Bestimmung ist aber durch die Verordnung vom 9. Juli d. J. dahin erläutert worden, daß gegen Verfügungen der Staatsbehörden, welche die Ausübung von Hoheits- und Staatsgerechtsamen enthalten, der Rechtsweg nicht statthaft sein soll. Hier wird nun der Stein des Anstoßes liegen, falls die betreffenden Staatsdiener dennoch Klage erheben. Da wird es sich zeigen, was die Gerichte thun werden. Hat doch noch in diesen Tagen das Ober-Appellations-Gericht den Ausspruch gethan, daß das Reichsgesetz vom 20. Januar 1849, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge, obgleich dasselbe durch das kurfürstliche Gesammt-Staatsministerium im Gesetzblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden sei, um deswillen in Kurhessen keine gesetzliche Gültigkeit habe, weil es nicht auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommen sei und ihm dadurch die wesentlichen Erfordernisse eines Gesetzes mangeln. Ob der Gerichtshof die weiteren Konsequenzen hieraus annehmen wird, darüber wollen wir uns vorläufig nicht einmal in Muthmaßungen einlassen, sondern das ruhig abwarten, zumal wir bis jetzt noch immer vergeblich in dem Bundesrechte, der Bundes- und Wiener Schluß-Akte, nach einer Bestimmung geforscht haben, wodurch „auf Veranlassung" oder „unter Zustimmung" von Bundes-Kommissaren die Gesetzgebung eines Einzelstaates gehandhabt werden kann. Die stets angeführte Vollmacht des Bundes vom 11. Juni d. J. ist bis jetzt auch noch tiefes Geheimniß.

Dresden, 31. Juli. [Vertretung beim Eisenbahnkongreß.] Bei dem zu Nürnberg zusammengetretenen Kongresse deutscher Eisenbahnverwaltungen wird Sachsen durch den Herrn geh. Rath v. Ehrenstein vertreten.

Braunschweig, 31. Juli. [Erfreuliches.] Die Gerüchte von bundespolizeilichen Verfügungen, namentlich von Präventiv-Maßregeln gegen die Presse, die in Frankfurt vorbereitet werden, erregen hier im Allgemeinen wenig Interesse. Nicht nur hat man das festeste Vertrauen zu dem loyalen Charakter unserer Minister, sondern dieses Vertrauen ist auch in Wahrheit begründet. Die Regierung des Herzogthums hat ihren Gesandten in Frankfurt dahin instruirt, **keinem Antrage beizustimmen, der den Grundsätzen, auf denen unsere Verfassung beruht, widerspräche**; — einen integrirenden Theil der Verfassung aber bildet die vollkommenste Preßfreiheit und die Aburtheilung politischer und Preßvergehen durch Schwurgerichte. Oktroyirungen sind bei uns nicht zu fürchten; das gesammte Staatsministerium besteht aus tüchtigen Juristen, denen das Gesetz, so lange es besteht, Gesetz ist, und die dasselbe streng durchführen, gleichviel, ob dasselbe ihren Wünschen entspricht oder nicht; im letzteren Falle werden und müssen sie allerdings ihrer Ueberzeugung Geltung zu verschaffen suchen, werden aber, wie bisher, nie von dem gesetzlichen Wege abweichen. Diese Ansicht wird hier allgemein getheilt. (H. C.)

Hannover, 1. August. [Marine-Angelegenheit.] Schon vor geraumer Zeit beschloß der Ausschuß für Uebernahme der Geschäfte der Bundescentral-Kommission eine Kommission zur Untersuchung der gesammten Marinerechnungs-Angelegenheiten nach Bremerhaven abzusenden. Dieselbe sollte aus zwei von Hannover und Oldenburg zu bestimmenden höheren Rechnungsbeamten und aus einem von Frankfurt aus abzuordnenden Mitgliede der betreffenden bundestägigen Kommission bestehen. Zu solchem ist der Hauptmann Marcard bestimmt. Derselbe ist hier eingetroffen und wird sich binnen Kurzem nebst dem Ministerialreferenten Erxleben nach Bremerhaven be-

geben. Schon vor einiger Zeit sind von Seiten der hiesigen Regierung gemäß einem Auftrage der Bundesversammlung fünf Rechnungsrevisoren dorthin abgeschickt. — Es verweilten in diesen Tagen hier wieder die österreichischen Kommissarien für Regulirung der hannoverschen Entschädigungs-Ansprüche. Zwei Drittel der Verpflegungskosten für österreichisches Militär sind bereits mit 40,000 Thlr. in die königl. Kassen eingezahlt. (H. Z.)

Hamburg, 2. August. [Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.] Als zuverlässig wird aus Kiel berichtet, daß während der nächsten vier Wochen keine Veränderungen von irgend einiger Bedeutung in den Verhältnissen Holsteins vor sich gehen werden. — Auch das im glückstädter Hafen gelegene Dampfschiff „Kiel" ist vorgestern den Dänen überliefert und hat den dortigen Hafen gestern Morgen in aller Stille verlassen; die aus der Verbesserung des Schooners „Elbe" herrührende Ersatzforderung von 18,000 Thlr. Cour. ist dagegen „ferneren Verhandlungen vorbehalten" worden. Die bisher in den glückstädter Strafanstalten detinirten 33 dänischen Karrengefangenen sind nach Kiel transportirt und auf dem „Hekla" nach Kopenhagen weiter befördert. (Hamb. N.)

Rendsburg, 30. Juli. Ueber das bisherige Resultat der Grenzarbeiten erfahren wir aus guter Quelle, daß von den deutschen Kommissarien im Westen, unter Bezugnahme auf die ehemalige Nordereider, einen jetzt seit Jahrhunderten ausgedämmten Arm der Eider, die Landschaften Eiderstedt und Stapelholm, im Osten der ganze Kieler Hafen sammt seinen schleswigschen Ufern, also auch Friedrichsort, in der Mitte des Landes, die jenseits der Eider belegenen, znm Amte Rendsburg gehörenden Dörfer 2c. für Holstein und das deutsche Bundesgebiet beansprucht werden, ohne daß man von dänischer Seite ihrer betreffenden Deduktion zu widerstehen vermöge. (Fr. P.)

Oesterreich.

* **Wien**, 2. August. [Tagesbericht.] Ueber die Verhältnisse der Wiener Universität finden wir heute eine merkwürdige Aufklärung in der Form eines Inserats und unter der Firma eines Mitgliedes des medizinischen Doktoren-Kollegiums. Schon früher war von einer anderen Seite die Verwerfung der Wahl des Dr. Bonitz zum Dekan dadurch vindizirt worden, daß die korporativen Rechte der Universität zum Theil katholischer Natur seien, und die Wiener Universität ursprünglich aus einer habsburgischen Familienstiftung erwachsen sei. Allein die in Rede stehende Auf- oder Erklärung geht noch viel weiter. Sie betrachtet die Wiener Universität als eine noch jetzt bestehende unveränderte Familienstiftung, an welcher nur auf den Wunsch der Universität selbst und um so weniger unter dem Proteste aller Fakultäten etwas geändert werden könne. Die Rechte der Universität seien aber nicht nur zum Theil, sondern ganz und gar spezifisch katholischer Natur; denn die Universität wurde schon von den Erzherzögen von Oesterreich ausdrücklich zur Verbreitung des katholischen Glaubens in ihren Erblanden gestiftet, besteht aber nicht durch diese Stiftung allein, sondern ungeachtet derselben, erst Concessione et Indulto speciali Summi Pontificis, sie ist demnach keine k. k. österreichische Lehranstalt, sondern de Ecclesi universali. Eine Trennung der Universität in Corporation und Lehranstalt wäre völlig unzulässig, und selbst als Lehranstalt könne die Universität nicht durch die moderne Lehrfreiheit den spezifisch katholischen Charakter verlieren; übrigens sei die Wahl eines Protestanten zum Dekan des philos. Professoren-Kollegiums unbedeutend, weil es ja ganz natürlich ist, daß sie höhern Ortes nicht bestätigt werden kann.

Die Telegraphenlinie zwischen Lemberg und Krakau wird in zwei Monaten eröffnet werden. — Die Errichtung eines von englischer Seite zu errichtenden Freihafens in Scutari bestätigt sich. Nach Briefen aus Konstantinopel sind englische Ingenieure bereits erschienen, um eine Linie für eine Eisenbahn von Scutari zur Donau zu ziehen.

Der Herr Minister-Präsident Fürst von Schwarzenberg ist heute Morgen 4 Uhr nach Ischl abgereist.

Frankreich.

** **Paris**, 31. Juli. [Wahlsiege des Elysee.] Der Gedanke einer Kandidatur Joinville's hat die Legitimisten in Schrecken gesetzt und dieser sie dem Elysee zugetrieben. Das Elysee hat heut von lauter Siegen zu erzählen.

Fürs erste ist das gesammte Bureau der Nationalversammlung, mit Ausschluß seiner entschiedenen bonapartistischen Vice-Präsidenten und Sekretäre wieder gewählt worden. Herr Dupin erhielt 342 Stimmen; Michel de Bourges, sein Konkurrent, 165.

Ebenso glücklich sind die Wahlen zur Permanenz-Kommission ausgefallen, da die Liste der drei vereinigten Majoritäts-Fraktionen vollständig reüssirte, so daß nur ein einziges entschieden anti-elyseeisches Mitglied, Herr Changarnier, in die Kommission kommt.

Ueberdies hat das Elysee auch zwei Wahlsiege errungen, indem nicht blos Herr Baïsse im Nord-Departement seine Wahl durchsetzte, sondern auch Herr von Dutheil im Lot-Departement.

Uebrigens kann man von heute ab die Vacanzen der Nationalversammlung datiren, wenn sie gleich offiziell erst den 10. beginnen sollen; nur die Wahl zur Permanenz-Kommission fesselte noch die Mehrzahl der Repräsentanten an ihre Sitze. Jetzt wird Alles das Weite suchen.

Herr Girardin bestätigt heut indirekt die Mittheilung der Patrie über seine Unterhandlung mit Ledru Rollin; kommt aber dabei zu dem nahe liegenden Schluß, daß die Patrie nicht so gut unterrichtet sein könnte, wenn nicht die Briefe Ledru Rollins auf der Post geöffnet würden.

Großbritannien.

London, 30. Juli. [Die Titel-Bill] ist gestern im Oberhause zum dritten Male verlesen worden und durchgegangen. Lord Aberdeen hat bei dieser Gelegenheit wiederum gegen die Bill gesprochen. Auch hat er, so wie der Herzog von Newcastle und die Lords Canning, St. German's, Wharncliffe, Lyttelton und Monteagle, einen Protest wider die Bill in die Bücher des Hauses eingetragen. — Im Unterhause ward eine, die Aufhebung der Hopfen-Accise bezweckende Resolution Frewens mit 59 gegen 30 Stimmen verworfen, und ein Antrag Heywoods, die Königin in einer Adresse um Erhaltung des Glas-Palastes zu bitten, mit 75 gegen 47 Stimmen angenommen.

[Association der Freunde Italiens.] Die Veröffentlichung der Briefe Gladstones an Lord Aberdeen über die neapolitanische Gräuelwirthschaft hat, außer den Verwünschungen, die jetzt in der Presse, selbst der reaktionärsten, herabregnen, auch die Bildung eines besonderen Vereins, der „Association der Freunde Italiens," zur Folge gehabt, der bereits viele einflußreiche Mitglieder, unter Anderen Lord Dudley Stuart und andere Parlamentsglieder, in seiner Mitte zählt. Sein Zweck ist, wie er in einem Programm angiebt, „genauere Kenntnisse über die italienische Frage zu verbreiten, die öffentliche Meinung über die dortigen Zustände zum Ausdruck zu bringen und die Regierung und die englische Nation zu angemessenem Handeln in der italienischen Frage anzuspornen. Die Fonds der Gesellschaft sollen nicht zu Kriegssubsidien oder in einer andern dem Geist und den Gewohnheiten der Engländer widerstrebenden Art verwandt werden, und die Gesellschaft sich jeder Erklärung in Bezug auf die innere Organisation eines Gesammtitaliens enthalten, weil dies den Italienern selbst überlassen bleiben soll. Sie ist eine Gesellschaft von Engländern, die innerhalb des englischen Gebiets in englischer Weise für die Freiheit und Unabhängigkeit der italienischen Nation thätig sein wird." Was den Eindruck jener Briefe noch erhöht, ist der Umstand, daß sie erst dann veröffentlicht wurden, als alle Versuche Lord Aberdeens — der in den vorjährigen Parlamentsverhandlungen doch bei jeder Gelegenheit die neapolitanischen Gewaltthaten zu beschönigen, suchte — auf die Mittheilungen Gladstone's hin die neapolitanische Regierung zu einer etwas menschlicheren Behandlung ihrer politischen Gefangenen zu bestimmen, vollständig gescheitert waren. Dazu kommt denn auch noch, daß Neapel das einzige Land ist, dessen Angehörigen es verboten ist, die englische Industrie-Ausstellung zu beschicken und zu besuchen.

Italien.

Rom, 24. Juli. [Die Aussicht in unsere nächste politische Zukunft] trübt sich immer mehr. Allerhöchsten Orts ist die immer schärfer hervortretende Zudringlichkeit des französischen General-Kommando's sehr übel aufgenommen worden, da die Klagen der Geistlichkeit über die Beschlagnahme der meisten Klöster und anderer clericalen Stiftungen für starke Einquartirung von Tag zu Tag lauter im Vatican wiederhallen. Dazu kommen noch Mißverständnisse, die zwischen verschiedenen französischen und österreichischen Vorposten über Terrain-Berechtigungen eingetreten und die Se. Heiligkeit der Papst sehr ungern selbst entscheiden möchte. Gestern ließ er unter diesen Umständen den Kardinal Altieri in Eile zu sich bescheiden, der dann noch am Abend die Reise nach Norditalien antrat und von dort wohl auch nach Wien gehen wird. Die Mission Sr. Eminenz gerade in diesem Augenblicke hat zweifelsohne viel zu bedeuten. (K. Z.)

[Neue Steuer.] Die Regierung hat sich aus ihrer Verlegenheit wegen Deckung des diesjährigen Deficits von 1,700,000 Scudi sehr einfach herausgezogen, einfach natürlich nur für die Regierung, nicht für die, welche zu zahlen haben. Sie hat 1) bei der Grundsteuer ein Sechstel des Jahres-Betrages aufgeschlagen, wovon indessen ein Bruchtheil als Rückzahlung für Vorausentrichtung im Jahre 1848 abgeht; 2) hat sie den Kommunen eine außerordentliche Steuer in der runden Summe von einer Million Scudi auferlegt. Schließlich wird man wohl die außerordentliche zu einer ordentlichen Steuer machen. Man folgt dabei nur einer alten Praxis, wie ein mir beifallendes Beispiel im Kleinen zeigt. Nach dem Brande der Paulskirche im Jahre 1823 sollte den Soldaten auf 2—3 Jahre ein kleiner Abzug vom Lohne als Beitrag zum Wiederaufbau gemacht werden. Allein es war das Jahr 1848 nöthig, um die Soldaten von dieser Steuer zu befreien. Bei dieser Gelegenheit mag auch des Schicksals einer anderen Steuer gedacht werden, von der es Anfangs schien, daß sie den Finanzminister von seinem Posten entfernen werde: der Gewerbesteuer. Man sieht an ihr, wie man sich täuschen kann, wenn man nicht am rechten Flecke auch einmal das Unmögliche für möglich hält. Der Minister ist an seinem Posten, das Steuergesetz ist weder aufgehoben noch modificirt, als eben so wenig weder am 1. Januar noch heute allgemein in's Leben geführt. Nur in einigen Provinzen, wo man die Macht dazu in Händen zu haben glaubte, läßt man die Leute bezahlen. (K. Z.)

Aus Oberitalien. [Zustände.] Wie eine glühende Kohle, die nur mit gewappneter Hand angefaßt werden kann, wird die Lombardei von dem österreichischen Gouvernement behandelt und alle Versuche, sie auszulöschen oder zu zertreten, sind vergeblich. Es ist nicht auffallend, daß Radetzky den Belagerungszustand in Italien verschärfen muß: man muß sich im Gegentheil wundern, daß physische Macht überhaupt im Stande ist, die Katastrophe, die hier bevorsteht, zu verzögern. Der Eroberer begreift es von seinem Standpunkte nicht, warum die Italiener nicht Ruhe halten, und die Italiener lachen über seine Zumuthung Angesichts eines Kriegsapparates, der ihre großen Städte im Nu in Asche legen kann. Der Versuch, die Lombardei durch das Zwangsanlehen mit den Schicksalen der Gesammtmonarchie zu verketten, scheiterte an dem wohlberechneten Widerstande der Handelskammern, an dem sich alle Besitzenden unter großen Opfern betheiligten, so daß keine Papiernote auf dem kleinsten Dorfe als Zahlung gilt. Der Vorsitzende einer solchen Handelskammer erbleichte, als bei der Diskussion mit dem Regierungskommissär die Möglichkeit eines Verdachtes gegen ihn entstand, als könne er es vielleicht mit der Regierung halten: so groß ist die Furcht vor der Meinung seiner Landsleute. Die Lombarden kaufen österreichische Manufakturen so wenig als möglich, sie beziehen lieber die theuern englischen Waaren, so daß z. B. der Absatz der Wollengewebe, der früher für die Brünner und Wiener Fabrikanten sehr erheblich war, seit einigen Jahren so gut wie erloschen ist. Die Italiener sind bekanntlich sehr kleinstädtisch, geschwätzig; das Leben auf dem Corso und in den Kaffeehäusern erleichtert noch die Kontrole Aller über Alle. Daher die Furcht vor den Mitbürgern, denn bei dem leisesten Verdacht, daß einer mit den Oesterreichern liebäugelt, hat er Schlimmes zu befürchten. Das Wiener Kabinet kennt diese Sachlage sehr genau; es weiß, daß, wenn ihm die Lombardei einmal zu schaffen macht, Ungarn im Rücken aufsteht. Daher die Sorge um den Ausgang der Revisionsfrage in Paris, das Vordringen in den Kirchenstaat, um diesen zweiten Heerd der Republik völlig in die Hand zu bekommen. Pius IX. gilt in Oesterreichs Augen nicht für den Mann, der eine Katastrophe verhüten könnte. Man hält es nicht für unmöglich, daß das Wiener Kabinet seine Abdankung zu gelegener Stunde betreiben wird, um ihn durch den Kardinal Fürst Schwarzenberg zu ersetzen, den Sitz des obersten Bischofs auf die Stadt Rom zu beschränken und den Kirchenstaat mit Neapel zu theilen. Es existiren sprechende Zeichen dafür, daß Wünsche dieser Art sehr lebhaft gehegt werden. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß Oesterreich den letzten Mann und den letzten Gulden daran setzen wird, um sich in Italien zu behaupten. Es wird im Momente der Noth seine Stellung vielleicht preisgeben, um den Aufruhr auf andern Punkten zu dämpfen; haben doch alte Aristokraten im Jahre 1848, irren wir nicht, selbst Fürst Jablonowski, jetzt ein Vorkämpfer der Legitimität, dafür gestimmt. Aber sobald das Kaiserthum wieder freie Hand hat, wird es das aufgegebene Glied zurückerobern, weil ohne seinen Besitz die Gesammtmonarchie in ihrem bisherigen Bestande zertrümmert ist. Ohne die Lombardei ist Südtyrol, ist Triest und das ganze dalmatinische Küsten-

land nicht zu halten, daher eine scharfe Trennung nach den Nationalitäten und den Alpen unmöglich. Der Verlust der Lombardei bedeutet Oesterreichs Auflösung. (Wes.-Z.)

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 3. August. [Von der Universität.] So eben ist der erhebende Akt der Pietät beendigt, durch welchen unsere Hochschule alljährlich am heutigen Tage das Andenken des hochseligen Königs, Friedrich Wilhelm III., in den Räumen der Aula Leopoldina begeht. Ein überaus zahlreiches Publikum, darunter die überwiegende Mehrheit der studirenden Jugend, hatte sich daselbst vor Beginn der Feierlichkeit eingefunden. Als Deputirte des Gemeinderaths waren die Herren Direktor Wissowa und Apotheker Friese anwesend, während der Magistrat durch die Herren Bürgermeister Bartsch, Syndikus Anders, Stadtbaurath Stapel und Stadtrath Gerlach vertreten war. Um 11¾ Uhr hielt der Senat, unter Vortritt des zeitigen Rektors, Herrn Professor Barkow, seinen Einzug in den von Zuhörern überfüllten Saal.

Nachdem das Orchester die Feier durch ein passendes Musikstück eingeleitet hatte, hielt Herr Professor Schneider, welcher den Rednerstuhl betreten hatte, den Festvortrag, worin er zunächst, im Hinblick auf den verstorbenen König, der Zeit der Gründung unserer Hochschule gedachte. Hieran knüpfte sich eine Betrachtung über den Unterschied zwischen der damals und der jetzt herrschenden Richtung der Wissenschaft, deren letzter und höchster Zweck doch immer die Erforschung und Erkenntniß der Wahrheit geblieben. Der Weg der Forschung aber muß frei sein, es gilt daher, ihn gegen die Beschränkungen zu schützen, die ihm in dieser zersetzenden Zeit von Außen her drohen. — Daß der wissenschaftliche Eifer auf der hiesigen Universität nicht nachgelassen, dafür zeugen die zahlreichen, zum Theil sehr gelungenen Bearbeitungen der von den Fakultäten gestellten Preis-Aufgaben.

In der katholisch-theologischen Fakultät waren zwei Aufgaben zu lösen, von denen die eine noch aus vorigem Jahre herstammte. Diese hatte 3 Bearbeiter, die neueste dagegen nur einen gefunden. — In der evangelisch-theologischen Fakultät war eine Aufgabe gestellt, es liefen 2 Arbeiten ein, von denen die erste in dem Gutachten der Fakultät als ein so gehaltloses Produkt bezeichnet wird, daß die Keckheit des Verfassers zu rügen ist. Der Verfasser der zweiten Arbeit, welche den Preis nicht erhalten konnte, wurde der lobenden Erwähnung für werth erachtet. Sein Name ist Joh. Jakob Schmitz. — Die Aufgabe der juristischen Fakultät war von 3 Preisbewerbern bearbeitet, der Preis konnte jedoch nur einem derselben zuerkannt werden. — Die medizinische Fakultät zählte einen Bewerber, welcher auch den Preis erhielt. — Die philosophische Fakultät hatte 2 Aufgaben gestellt, eine chemische und eine philologische. Der Bearbeiter der ersten Aufgabe konnte den Preis nicht erhalten, dagegen wurde der Preis der philologischen Aufgabe den Einsendern zweier Preisschriften zu gleichen Theilen zuerkannt. Die 3. Arbeit war mehrere Tage nach dem gesetzlichen Termine eingelaufen und konnte daher, obwohl die beste, bei der Preisbewerbung nicht in Betracht kommen. Die Fakultät sprach jedoch den Wunsch aus, den tüchtigen Verfasser kennen zu lernen.

Die Namen der Preisgekrönten sind:

a. In der katholisch-theologischen Fakultät: 1) Johann Jakob Schmitz. — 2) Franz Smolka. — 3) Julius Röhr.

b. In der juristischen Fakultät:
4) Siegfried Schönborn.

c. In der medizinischen Fakultät:
5) H. Weidner.

d. In der philosophischen Fakultät:
6) Wilhelm Grosser. — 7) v. Kittlitz.

Die Aufgaben für das nächste Jahr wurden verlesen und die Feierlichkeit mit einem Musikstücke geschlossen.

⩍ **Liegnitz**, 30. Juli. [Schulwesen. Achter Artikel.] Es gehört nicht viel dazu, um zu der Einsicht hingedrängt zu werden, daß der Zustand des hiesigen Schulwesens einer Kommune wie Liegnitz weder zur Ehre noch zum Nutzen gereichen könne. Daher kamen auch die Vertreter unserer Stadt im Jahre 1843 zu dem Entschlusse, die Krankheit der hiesigen Schulverhältnisse durch eine Radikalkur für immer zu heilen. Demzufolge erging unterm 21. Januar 1843 von Seiten des Magistrats an den damaligen Superintendenten, Pastor prim. Müller, die Aufforderung, behufs der Errichtung zweier Armenklassen — einen Lehr- und Stundenplan zu entwerfen und denselben baldigst einzureichen. Superintendent Müller fühlte sich jedoch im Interesse der guten Sache und der vorhandenen Lehrer und Schüler gedrungen, dem Magistrat zuvor noch einige seiner Ansichten und Bemerkungen über die neue Einrichtung zukommen zu lassen, bevor er an die eigentliche Lösung der ihm gestellten Aufgabe schritt. Zuerst beanspruchte er eine genaue Feststellung der Grenze, innerhalb deren die Armen- oder Stadtschule sich zu bewegen habe, da er sonst einerseits eine baldige Ueberfüllung der zwei zu kreirenden Armenklassen, andererseits eine ungerechtfertigte und daher unbillige Schmälerung des ohnehin schon wesentlich beschnittenen Einkommens der 4 nicht fixirten städtischen Elementarlehrer befürchtete. Da nun auch der zur Geltung gebrachte Hauptgrund, besondere Armenschulen zu errichten, unverkennbar kein anderer als der zu sein schien, die nähere Berührung und das Zusammensein armer Kinder mit den edlern Sprößlingen sogenannter anständiger oder vornehmer Eltern zu vermeiden, so suchte Herr Superintendent Müller zu beweisen, daß es sich nicht als Regel aufstellen lasse, Armenkindern auch zugleich die Prädikate „ungesittet" und „unreinlich" vindiziren zu müssen. Als den ersten und nothwendigsten Schulverbesserungsschritt bezeichnete er aber die Fixirung der sämmtlichen städtischen Elementarlehrer. Er behauptete, daß nach Beseitigung dieser Klippe sich dann alle anderen Veränderungen weit leichter ausführen lassen dürften. Tausend Klagen der Lehrer und die fast täglich vorkommenden Beschwerden der Eltern müßten in diesem Falle schwinden, vor allen Dingen aber würde der eigentliche Schulzweck, der jetzt eine Masse von Beeinträchtigungen zu erleiden habe, dadurch unendlich gewinnen. Der Magistrat und die Stadtverordneten nahmen jedoch von diesen beachtungswerthen Bemerkungen nicht sonderlich Notiz. Sie schritten vielmehr auf der sich vorgezeichneten Bahn in dem guten Glauben weiter, nunmehr das Rechte gefunden zu haben, resp. durch die Errichtung von Armenschulen allen bisher sich geltend gemachten Uebelständen auf einmal abzuhelfen. Da nun zu damaliger Zeit die Kinder unbemittelter Eltern ihren Unterricht in den bereits bestehenden städtischen Schulklassen vereint mit den übrigen Kindern genossen, so wurden die betreffenden Lehrer dafür à Schülerkopf mit 1 Sgr. pro Woche entschädigt. Nach den uns vorliegenden Listen leistete zu jener Zeit die Armenkasse für 133 Kinder — und zwar für 69 Knaben und 64 Mädchen — oben bezeichnete Schulgeldzahlung. Nächstdem besuchten aber auch noch 60 Kinder, nämlich 28 Knaben und 32 Mädchen, die Schule, welche ungeachtet aller Erinnerungen von Seiten der Lehrer und der Polizei gar kein Schulgeld bezahlten und daher ebenfalls zu den für die Armenschule designirten Schülern gerechnet werden mußten. Es stellte sich demnach gleich von vornherein für die beiden projektirten Armenklassen ein Cötus von circa 200 Kindern in Aussicht.

Liegnitz. Dem bisherigen Forst-Aufseher Rietzschel ist die Försterstelle zu Schwarzenlugk in der Oberförsterei Hoyerswerda vom 1. Juli d. ab definitiv verliehen worden. Der bisherige Privat-Sekretär Robert Hoy ist zum Kreissekretär des Hirschberger Kreises ernannt worden. Der bisherige Hülfslehrer Scholz als Lehrer-Substitut an der evangelischen Schule zu Straupitz, Hirschberger Kreises; der zeitherige Hülfslehrer in Flinsberg, Hoffmann, als Hülfslehrer an der evangelischen Stadtschule zu Hirschberg; der Dr. philosophiae Pätzold als Konrektor an der evangelischen Bürgerschule zu Jauer; der bisherige Hülfslehrer Kutzner als vierter Lehrer an der evangelischen Stadtschule zu Hirschberg; der zeitherige Hülfslehrer zu Peterwitz, Gaensler, als evangelischer Schullehrer, Organist und Kantor an der Schule und Kirche zu Tiefhartmannsdorf, Schönauer Kreises, bestätigt. — Der Vice-Berggeschworene Otto ist von Waldenburg als Berggeschworener und Revierbeamter in das Glogauer Braunkohlenrevier versetzt worden.

Theater-Repertoire.

Montag den 4. August. 28ste Vorstellung des dritten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen: **„Der Barbier von Sevilla."** Komische Oper in zwei Aufzügen. Musik von Rossini. Rosina, **Frau Anna de la Grange,** von der großen Oper zu Paris, als erste Gastrolle. Graf Almaviva, Herr **Weixlstorfer,** vom Stadt-Theater zu Hamburg, als Gast. (Herr Weixlstorfer wird nur dies eine Mal auftreten, da er bereits morgen von hier weiter reist.) Einlagen: im 2. Akte: Variationen von Rhode; zum Schluß: Rondo und Variationen aus der Oper „Cenerentola," von Rossini, gesungen von Frau Anna de la Grange.

Verpachtung.

Zufolge Kommunalbeschlusses sollen die im hiesigen neuen Theatergebäude für eine **Restauration** und **Konditorei** nebst Wohnung bestimmten Räume und dazu gehörigen Inventarienstücke, und die aus dem Betriebe der Restauration und Konditorei zu ziehenden Nutzungen, im Wege der Submission, jedoch mit Vorbehalt der Genehmigung und Auswahl des Pächters vom 1. Oktober 1851 ab auf drei Jahre verpachtet werden. Es werden daher kautionsfähige Pachtlustige aufgefordert, die Zeichnungen der zu verpachtenden Lokalien und die Bedingungen, unter welchen die Verpachtung erfolgen soll, in unserer Registratur während der Geschäftsstunden einzusehen, und ihre dießfälligen Offerten versiegelt mit der Aufschrift:

**Submission auf
die Pacht der Theater-Restauration**

spätestens bis zum **9. August** d. J. in unserer Registratur abzugeben.

Die Eröffnung der Offerten wird am 11ten August d. J. erfolgen, und demnächst der weitere Beschluß über die Annahme der Offerten, an welche deren Abgeber nach Eröffnung derselben noch 14 Tage gebunden bleibt, sofort veranlaßt werden soll.

Görlitz, den 22. Juli 1851.

Der Magistrat. [434]

[339] **Nothwendiger Verkauf.**
Kreis-Gericht zu Lauban.

Das Rittergut Eckersdorf, Laubaner Kreises, landschaftlich abgeschätzt auf 10,929 Thlr. 20 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserm III. Bureau einzusehenden Taxe, soll

am 7. Oktober d. J. Vorm. 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Lauban, den 6. Februar 1851.

[296] Der Wirthschaftsbeamte Carl Kupke, zuletzt in Karoschke, Kreis Wohlau, in Diensten, wird aufgefordert, mir seinen jetzigen Aufenthaltsort baldigst anzuzeigen.

P. Wartenberg, den 18. Juli 1851.

Winckler, königl. Rechtsanwalt.

Markt-Preise.

Breslau am 4. August 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	62	60	58	56	Sgr.
Gelber dito	61	60	58	56	„
Roggen	42	41	39	36	„
Gerste	35	32	29	28	„
Hafer	30	29	27	25	„
Raps	—	70	68	66	„
Winter-Rübsen	70	69	68	66	„
Spiritus . . .	7⅙ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 2. August. Die Börse war in flauer Haltung und mehrere Effekten, besonders Thüringer Eisenbahn-Aktien erfuhren im Laufe derselben einen merklichen Rückgang.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 107¾ à ½ bez. und Br., Priorität 5% 104¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 84¾ bez., Priorität 4% 87 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 37½, ¾, ⅝ bez., Priorität 5% 100¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 93½ bez. und Br., Priorität 4% 98 bez. und Br., Priorität 5% 103 Gld., Serie III 5% 104½ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 28½ Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 136¾ à 136 bez., Litt. 3½ % 124½ à 124 bez. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 107 bez. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 104 bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 88⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 119½ Gld. Posener Pfandbriefe 4% 102½ Gl., 3½ % 93 Gld. Preußische Bank-Antheile 104¼ à 105½ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 95½ Gld., neue 4% 95½ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 84½ Gld., à 300 Fl. 143½ Br.

Wien, 2. August. Die Börse war in Folge ungünstigerer Amsterdamer und Frankfurter Berichte etwas flauer gestimmt, jedoch wenig verändert. Nordbahn-E.-B.-Aktien bis 151¼ gedrückt, schlossen höher begehrt. Coup. niedriger. Wechsel ¼ % höher.

5% Metalliques 97, 4½ % 84¾; Nordbahn 151⅞; Coupons 1¼; Hamburg 2 Monat 173¼; London 3 Monat 11. 34.; Silber 119.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.